

Zösener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Nr. 376.

Freitag, 1. Juni.

1883.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Zösener 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 31. Mai. Der König hat den Professor der Chemie an der Universität zu Berlin, Geheimen Regierungs-Rath Dr. Hofmann, und den Bildhauer, Professor Reinhold Begas zu Berlin, nach stattgehabter Wahl zu stimmberechtigten Rittern des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste ernannt.

Der König hat den ordentlichen Professor Dr. med. Hans Heinrich Alfred Dohrn zu Königsberg i. Pr. zum Medizinal-Rath und Mitglied des Medizinal-Kollegiums der Provinz Ostpreußen ernannt.

Der Kaufmann Georg Wilhelm Baum in Danzig ist Namens des Reichs das Exequatur als R. R. österreichisch-ungarischer Konsul für die Provinz Westpreußen erhalten worden.

Der königliche Sänger und Regisseur Salomon ist zum ordentlichen, nicht vollbeschäftigte Lehrer an der Königlichen Akademischen Hochschule für Musik in Berlin bestellt worden.

Der Kandidat Karl von Obstfelder ist als Oberlehrer an das Real-Progymnasium in Stettin a. O. berufen worden.

Der Bureau-Diktator Ferdinand Kas ist zum Geheimen Registrator im Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt worden.

Der Regierung-Baumeister Pitsch in Montjoie ist als königlicher Kreis-Baumeister dagegen angestellt worden.

Deutscher Reichstag.

92. Sitzung.

Berlin, 31. Mai. Am Tisch des Bundesraths: Bödicker, Löbmann, Voß.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr. Abg. Graf Moltke ist wieder im Hause anwesend und wird von zahlreichen Mitgliedern freundlich begrüßt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Abg. Dietz (Sozialdemokrat): Ich halte es für notwendig, hier die Erklärung abzugeben, daß das Krankenkassengesetz meinen politischen Freunden nicht genügt. Wir halten es für eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter, wir halten es für ein Klassengesetz, weil es die ländlichen Arbeiter ausschließt, und für außerordentlich bedenklich, weil darin die Fabrikankassen, eines vornehmste Mittel zur Unterdrückung und Bevorrechtigung der Arbeiter, beibehalten sind. Das ganze Gesetz hat einen politisch-bureaucratischen Charakter, ist also für uns unannehmbar.

Aba. Meichsner (Krefeld) erklärt zur Geschäftsordnung, daß es nicht zulässig sei, durch eingebende Reden auf abgeschlossene Diskussionen zurückzukommen; wenn allgemein so verfahren würde, so würde damit ein sehr bedenklicher Zustand geschaffen werden.

Abg. Richter (Hagen): Der Abg. Dietz hat heute dasselbe gesagt, was Herr v. Scholz neulich that. (Zuruf: Es ist doch ein Unterschied zwischen den beiden.) Was einem Minister recht ist, das muß einem Abgeordneten billig sein. (Sehr wahr! links.) Erklärungen vor der Tagesordnung sind zulässig; wenn dies im Hause zweifelhaft sein sollte, so würde ich beantragen, diese Frage der Geschäftsordnungskommission zu überweisen.

Abg. v. Kardorff: Zwischen einem Mitglied des Bundesraths und einem Abgeordneten ist doch in dieser Beziehung nach der Verfassung und nach der Geschäftsordnung ein großer Unterschied. Ein Bundesrathsmittel hat eben das Recht, zu jeder Zeit das Wort zu ergreifen (Aha! links, Zustimmung rechts), ein Abgeordneter nicht.

Abg. Windthorst: Der Kollege Richter hat heute sehr unglücklich operiert. Er hat mit uns alles Mögliche gethan, damit aus dem neulichen Vorgehen des Ministers v. Scholz kein Präzedenzfall geschaffen werde, und nun beruft er sich auf diesen Fall. Das ist eine bedenklliche Konsequenz. Der Minister hat übrigens vor der Abstimmung gesprochen, der Abg. Dietz jedoch vor der Tagesordnung. (Zuruf: Erster ist noch schlimmer.) Nebrigens hängt es ganz von dem diskretionären Ermessen des Präsidenten ab, vor der Tagesordnung das Wort zu geben. So war es immer und so muß es auch bleiben.

Präsident v. Levetzow: Der Abg. Windthorst hatte Recht, daß der Wunsch des Hauses das Ertheilen des Wortes vor der Tagesordnung in das diskretionäre Ermessen des Präsidenten legt. Ich habe stets das Wort dazu ertheilt, wenn ich wußte, daß einem Abgeordneten viel daran lag, eine Erklärung vor der Tagesordnung abzugeben. (Bravo links.) Vorher habe ich mich jedoch stets von dem Inhalt der Erklärung in Kenntnis setzen lassen und so habe ich auch heute gehandelt. Ich glaube auch, daß die Erklärung des Abg. Dietz ohne Weiterungen zu veranlassen vorübergegangen wäre, wenn man sie nicht aufgegriffen hätte. Ich glaube, meine Herren, es wird das Beste sein, mich in meinem diskretionären Ermessen nach dieser Richtung hin auch ferner nicht zu beschränken. (Bravo links.)

Abg. Richter (Hagen): Ich habe es für meine Pflicht gehalten, die ganz unberichtigte Kritik des Abg. Reichensperger gegen das Verfahren des Präsidenten abzuweisen und habe nichts Anderes gefragt, als daß auch wir von dem Rechte, vor der Tagesordnung zu sprechen, einen ausgedehnteren Gebrauch machen müßten, wenn § 9 der Verfassung von den Vertretern der Regierung so gehandhabt werden würde, wie er hier bereits vielsach kommentirt worden ist.

Abg. Neidlinger (Krefeld): Ich habe nicht das Verhalten des Präsidenten kritisiert, sondern das des Abg. Dietz. Hätte ich gewußt, daß der Präsident Kenntnis von der Erklärung des Abg. Dietz gehabt hat, dann hätte ich jede Bemerkung unterdrückt.

Abg. Minnigerode: Da hier von allen Seiten Angriffe gegen Herrn v. Scholz gerichtet werden, so erkläre ich, daß Art. 9 der Verfassung allerdings den Vertretern der Regierung das Recht giebt, zu jeder Zeit das Wort zu nehmen. (Rufe: Zur Sache!) Das ist zur Sache!

Präsident v. Levetzow macht den Redner darauf aufmerksam, daß er nach den vorangegangenen Bemerkungen nicht zur Sache gesprochen habe.

Damit ist dieser Zwischenfall erledigt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Gesamtabschaffung über das Krankenkassengesetz.

Der Präsident teilt mit, daß die Abg. Grillenberger (Sozialdemokrat) und v. Minnigerode namentliche Abstimmung über das Gesetz beantragt haben. (Große Heiterkeit.)

In namentlicher Abstimmung wird das Gesetz mit 216 gegen 99 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Fortschrittspartei, liberale Vereinigung mit Ausnahme der Abg. v. Bunsen,

Grieninger, Segel, Kochmann, Lasker, Schlutow, Schröder (Friedberg), Schröder, Führ. v. Löw, Bültger und Sozialdemokraten.

Es folgt darauf die Fortsetzung der dritten Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung.

Die Berathung wird fortgesetzt bei § 57, der die Bestimmungen darüber enthält, wann der Wandergewerbeschein zu versagen ist.

Abg. Dr. Baumhach beantragt, daß statt der gesperrten Worte gesagt werde: „Der Wandergewerbeschein darf nur dann verlängert werden, wenn der Nachsuchende wegen Vergehen gegen das Eigentum oder Verbrechen gegen die Sittlichkeit mit mindestens drei Monaten Gefängnis bestraft worden ist, und seit Verbußung der Strafe noch nicht drei Jahre verlossen sind und seiner, wenn er wegen Bettelns oder Trunkenheit ebenfalls verurtheilt worden ist.“

Abg. Adermann erklärt sich gegen diese Anträge, die nach Ablehnung analoger Anträge zu anderen Paragraphen gleichfalls fallen müssen. Man könne auch hier nicht von dem Grundsatz abweichen, daß man schon dann Leuten den Gewerbeschein versagt, wenn man annehmen kann, daß dieselbe unverlässig sei und den Betrieb zu unsittlichen und gesetzwidrigen Zwecken gebrauchen kann.

Der Antrag Baumhach, zu sagen: „Der Wandergewerbeschein darf nur dann versagt werden“ wird mit 155 gegen 145 Stimmen abgelehnt.

Der zweite Theil des Antrages, zu sagen: wenn der Nachsuchende wegen strafbarer Handlungen und Gewinnlust, gegen das Eigentum, gegen die Sittlichkeit zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten verurtheilt ist, und seit Verbußung der Strafe drei Jahre noch nicht verlossen sind“, wird mit 155 gegen 146 Stimmen angenommen.

Die dritte Nummer des Antrages, zu sagen: „wenn er wegen gewohnheitsmäßiger Arbeitslosigkeit, Bettelniß übel berichtigt ist“, wird ebenfalls mit 155 gegen 149 Stimmen angenommen.

§ 57b bestimmt: daß der Wandergewerbeschein auch dann versagt werden kann, wenn der Nachsuchende wegen Verleitung der auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen bezüglichen Vorschriften im Laufe der letzten drei Jahre wiederholt ist oder sonst mit Zuchthaus oder mit Gefängnis von mindestens sechs Wochen bestraft ist und seit Verbußung der Strafe drei Jahre noch nicht verlossen sind.

Abg. Adermann beantragt dem § 57b hinzuzufügen, daß auch dann der Wandergewerbeschein zu versagen sei, wenn der Nachsuchende ein oder mehrere Kinder besitzt, für deren Unterhalt, und sofern sie im schulpflichtigen Alter stehen, für den Unterricht nicht genügend gesorgt ist.

Abg. Baumhach spricht gegen diesen Antrag in längeren Ausführungen.

Geh. Rath Bödicker plädiert für Annahme des Antrages und bemerkt, daß er beinahe in der Abstimmung über § 57 das Wort ergriffen hätte, um das Haus darauf aufmerksam zu machen, daß es damit sich in Widerspruch mit § 57a gesetzt habe.

Abg. Richter (Hagen): Der Herr Regierungskommissar hat bemerkt, daß er beinahe vorhin in einer Abstimmung das Wort ergriffen hätte. Da ich nicht annehmen kann, daß der Herr Geh. Rath Bödicker dies thun wird, ohne Anweisung des Reichskanzlers, so wird man, wenn dieser Fall wirklich eintreten sollte, sagen dürfen, daß der Reichskanzler einen Konflikt an den Haaren herbeigezogen habe.

Geh. Rath Bödicker: Hier am Bundesrathäus herrscht weniger Phantasie als Vernunft und so geht unsere Phantasie nie durch, daß wir uns vorstellen könnten, daß alle Regierungsvertreter zugleich ergriffen könnten, wie gestern der Abg. Braun ausführte. Ist denn hier überhaupt je eine Cohorte von Vertretern anwesend. (Heiterkeit) Ein solcher Fall kann nicht eintreten. Die Hauptsache aber ist, daß ich nicht die Ehre gehabt mit dem Herrn Reichskanzler ein Wort zu wechseln über diese Frage, und daß dies also eine Unterstellung ist gegenüber einem Manne, der durch seine hohen Verdienste gegen alle Unterstellungen gesichert sein sollte. Der Abg. Richter hat nicht den Schatten eines Grundes gebahnt, meine Bemerkungen, die nur im Interesse der Sache gemacht waren, so aufzubauen. Gestern wurde der Antrag Rablé angenommen, der völlig überflüssig ist, weil das Gesetz auf Elzab-Lotbringung gar keine Anwendung findet. Hätte ich da die Abstimmung unterbrochen, so hätte ich damit verhindert, daß dieser Antrag angenommen wurde. Hier sieht man, wie nützlich Artikel 9 unter Umständen ist. (Bravo rechts.)

Abg. v. Minnigerode: Die Konkurrenzorgane der Herren von der Linke sind völlig überflüssig. Die Linke ist es, die einen Konflikt herbeiführt, indem sie sich in Widerspruch zu Art. 9 setzt. Doch diese Herren befinden sich ja stets in Widerspruch mit der Verfassung. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Baumhach widerspricht der Ansicht des Regierungskommissars, daß der Antrag Rablé in Elzab-Lotbringung keine Anwendung finden könne; es sei zwar nicht die Gewerbeordnung, aber doch die Bestimmung über den Hauft-Handel dort eingeführt.

Abg. v. Schalscha beantragt auch dann den Wandergewerbeschein zu versagen, wenn der Nachsuchende wegen strafbarer Handlungen aus Gewinnlust gegen das Eigentum, gegen die Sittlichkeit, wegen vorrätslicher Angreife auf das Leben und die Gesundheit der Menschen, wegen vorsätzlicher Brandstiftung, wegen Zu widerhandlungen gegen Verbote oder Sicherungsmaßregeln, betreffend Einführung der Verbreitung ansteckender Krankheiten oder Viehseuchen zu einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Wochen verurtheilt ist und seit Verbußung der Strafe drei Jahre noch nicht verlossen sind.

Die Debatte wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Dr. Braun, daß er den Ausdruck Cohorte gegen den Bundesrat nicht gebraucht habe, da es ein militärischer Ausdruck ist.

Er hätte dann schon Horden sagen müssen, aber diesen Ausdruck verbietet ihm der Reipelt vor dieser Körperfach. Der Herr Regierungskommissar habe über seine gestrigere harmlose Äußerung nur deshalb gesprochen, um zu streiten.

Abg. Richter (Hagen): Nachdem der Herr Regierungskommissar erklärt, daß er zu seiner Bemerkung keinen Auftrag gehabt ist, dieselbe für mich interesslos geworden.

Abg. Winterer: Wir befanden uns bei Stellung des Antrages Rablé in der Meinung, daß § 56 auch für die Reichslande Geltung haben sollte und hatten Grund anzunehmen, daß die Regierung derselben Meinung sei.

Der Antrag von Schalscha wird mit großer Majorität angenommen.

Über den Antrag Adermann wird auf Antrag des Abg. Frei-

heit 20 Pf. bis sechzigpfennige Metallteile oder lebendes Baum, Metallwaren verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

berrn v. Gagern namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 169 gegen 143 Stimmen angenommen, ebenso der ganze § 57b.

§ 58 bestimmt, daß der Wandergewerbeschein zurückgenommen werden kann, wenn bei Ertheilung desselben eine der Voraussetzungen der Verbung des Wandergewerbescheins vorhanden gewesen, aber der Behörde unbekannt geblieben ist, oder nach Ertheilung des Scheins eingetreten ist.

Abg. Dr. Baumhach beantragt, diesen Paragraphen zu streichen.

Abg. Büchtemann vertritt diesen Antrag, der eine der größten Härten des Gesetzes beseitigen will. Das Bedenklichste sei, daß es Unterböden sind, denen die Befugnis aufsteht, einen ertheilten Schein zurückzunehmen.

Abg. Adermann hält es für notwendig, daß einem Haustier, der sich der Bettelniß oder der Trunksucht ergibt, der Schein genommen werde vor Ablauf des Jahres, da er sonst viel Unheil stiften könnte. Das Publikum soll nicht darunter leiden, wenn durch das Versehen eines Unterbeamten bei Ertheilung des Scheins eine Thatstache unbekannt geblieben ist, die den Haustier für den Betrieb nicht für geeignet erklärt.

Abg. Baumhach führt aus, daß durch diesen Paragraphen auch eine Beschränkung der Pressefreiheit herbeizuführen sei und bittet um seine Ablehnung.

§ 58 wird angenommen.

§ 60 bestimmt unter anderem, daß der Eintritt des Haustiers in ein Haus nicht ohne vorgängige Erlaubnis gestattet ist.

Abg. Baumhach beantragt, diese Bestimmung zu streichen.

§ 60 wird jedoch unverändert angenommen.

Das Haus verträgt sich darauf.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Gewerbeordnungsvorlage.

Schluss 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung.

Berlin, 31. Mai. Am Ministertisch: von Puttkamer, von Scholz, Dr. Friedberg, Dr. Lucius.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes betreffend die Landesbank in Wiesbaden.

Abg. Wirth beantragt zu § 29 hinzuzufügen, daß die Geschäfte der Landesbank sich auch erstrecken sollen auf Anlauf und zellionsweise Übernahme ausstehender Geldforderungen für verkaufte oder versteigerte, im kommunalfändischen Besitz belegene Immobilien, sofern diese Forderungen terminsweise binnen längstens fünf Jahren fällig werden und hypothekarisch oder durch Eigentumsvorbehalt an den veräußerten Immobilien gesichert sind, mit der Maßgabe, daß, wenn und so lange das für den Ausstand bestellte Pfand nicht doppelte Sicherheit gewährt, zur Ergänzung der letzteren weitere Sicherheit durch ausreichende Bürgschaft geleistet werden muß.

Geh. Rath Dr. Forch erklärt Namens der Staatsregierung gegen diese Erweiterung des Geschäftsbetriebes der Landesbank. Ein Bedürfnis dafür liege nicht vor und indem die intendierte Neuerung die für die Bank als Gläubigerin fehlende reale Sicherheit durch Zusatzspruchnahme des persönlichen Credits des Versteigerers und der Bieter zu ergänzen sucht, gerät sie in Widerspruch mit den in den alten Provinzen geltenden Grundlagen, die im Gesetz von 1869 klar Ausdruck gefunden haben. Die Neuerung sei geradezu gefährlich, weil sie, wenn hier bewilligt, auch von anderen Sparassen erfreut werden würde. Es sei nicht Zweck der Sparassen, Geschäfte zu machen, sondern die Leute zum Sparen anzuregen. Sparassen, die viel Geschäfte machen, rücksiren auch, und es sind hierin schon traurige Erfahrungen gemacht worden.

Abg. Wirth wirkt der Regierung vor, daß sie aus rein formalen Gründen den Antrag ablehnen wolle und die Interessen des Grundbesitzes nicht berücksichtige.

Minister v. Puttkamer: Die Bedenken der Regierung sind nicht rein formaler Natur. Die Vorlage, die der Initiative der Regierung verdant wird, beweist, daß der Regierung daran gelegen ist, dem Kreise Wiesbaden neue Quellen des Credits zu eröffnen. Doch handelt es sich noch mehr um die Interessen der Sparassen, die unter allen Umständen gesichert sein müssen, zumal besonders die kleinen Leute ihre Erfahrungen in die Sparasse geben. Wenn die Grundsätze, die der Abg. Wirth für Wiesbaden einführen will, dort Gesetz werden, so wird es der Regierung nicht möglich sein, dem Andringen der anderen Sparassen auf Einführung derselben Prinzipien nicht widerstehen zu können. Die Verantwortung der Regierung würde sich dadurch sehr steigern. Es wird auf fünf Jahre ein Kredit gewährt, der über den Wert des beliebten Grundstückes hinausginge, indem dabei auf eine künstliche Wertsteigerung spekuliert wird. In den ersten Jahren wäre gar keine Sicherheit für die Bank vorhanden und der Begriff „ausreichende Bürgschaft“ ist so wenig klar, daß die Regierung ihre Zustimmung zu dem Antrage nicht geben kann. Ich bitte das Haus, in die soliden Grundsätze des Sparassenwesens nicht eine erste Breche zu legen. Ein Mangel an Verständnis für die Interessen des Grundbesitzes liegt in der Haltung der Regierung nicht, sie hat vielm

Auch der Rest des Gesetzes wird angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzes betreffend das Staatschuldbuch.

Abg. Beisert wiederholt seine Bedenken gegen den Entwurf, die bereits in erster Lesung vorgebracht waren und die sich besonders auf den Mangel der Namenspapiere erstrecken. Wenn auch in der Kommission die Stimmung allgemein feindlich gegen diese gewesen ist, so hoffe er doch, daß wir bald zu dieser Einrichtung kommen werden. Durch den Entwurf wurde die Veräußerung erschwert und der Umlauf der Papiere gehindert. Neben der Einrichtung des Staatschuldbuchs für die vierprozentigen Konsole hätte man für die übrigen Papiere das System der Umwandlung in Namenspapiere und des Rückstausches in Inhaberpapiere einführen müssen. Dieser Ansicht wurde jedoch in der Kommission widergesprochen. Bleibt es bei den Bestimmungen des Entwurfs, so kommen wir auf die Bahn, für jedes einzelne Papier eine besondere Form einzuführen. In Zukunft werden wir jedoch zur Einführung der Namenspapiere gezwungen.

Abg. v. A u a u b a u p t bät die vom Vorredner geäußerten Bedenken für teilweise gerechtfertigt. Gerade für die kleinen Leute ist das Staatschuldbuch nicht ausreichend und genügend. Notwendig sei es, der Benachrichtigung der Aufkündigung auf dem Papier den Charakter eines Beweisdokuments beizulegen. Merkwürdig sei es jedoch, daß mit keinem Wort die Räffnung der Konsole in dem Gesetz erwähnt ist. Wie die Aufkündigung von den Juristen für unlogisch erklärt werden kann, sei völlig unbegreiflich.

Abg. Beisert bemerkt mit Bezug auf die letzte Aeußerung des Vorredners, daß seine Ansicht über die Aufkündigung dadurch gerechtfertigt sei, weil tatsächlich dadurch das Rechtsverhältnis zwischen Schuldner und Gläubiger alteriert wird.

Finanzminister v. Scholz erklärt, daß nicht die Hoffnung auf Hebung des Staatskredits, sondern Anregungen aus dem Hause die Regierung zur Vorlegung des Gesetzes veranlaßt haben. Man wollte damit lediglich dem Bedürfnis der Sicherheit für die Kapitalien, die in Staatschuld angelegt sind, genügen. Wäre damit ein Nachteil für den Staat verbunden, so wäre die Einrichtung nicht von uns vorgeschlagen worden, denn so stehen wir Gott sei Dank nicht, daß wir zur Hebung des Kredits uns Einrichtungen aufbürden sollten, die uns viel Kosten verursachen. Die Vorschläge der Konservativen, die Kosten herabzuziehen, sind mir daher unbegreiflich. Es ist der schlechteste Dank für die Regierung, wenn man ihr vorwirkt, mit Widerwillen an den Entwurf gegangen zu sein. Uns leitete das Motto, die Gläubiger sicher zu stellen und ich bitte Sie, sich in dieser Frage uns gegenüber auf einen anderen Standpunkt zu stellen. (Kurzen links)

Abg. Dr. Wagner hat beim Studium des Entwurfs den Eindruck gewonnen, als ob die Regierung in der That nicht mit Freuden an das Gesetz gegangen sei. Er kann dasselbe nur rechtfertigen, wenn es sich nicht nur um Vertretung von Spezialinteressen, sondern um eine Staatsangelegenheit handelt und das nehme er an. Die bisherige Form war zweckmäßig für einen Staat mit kleiner Schulde; Preußens Schulde sei aber durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen wesentlich vermehrt und wir bedürfen daher Einrichtungen, die dem Staat zu Gute kommen und den größeren Verhältnissen angepaßt sind. Redner äußert manifsche Bedenken gegen die beabsichtigte Einrichtung, besonders die Höhe der Gebühren und wünscht, daß die Einrichtung so gestaltet werde, daß sie für den Verkehr mehr Erleichterungen biete. Dann würde man dahin kommen, daß das Publikum keine Kapitalien mehr in inländischen Staatspapieren anlegen würde, und schon aus diesem Gesichtspunkt wäre das Schuldbuch eine heilsame Einrichtung. Auch worte dadurch sicherlich die Verzinsung der Staatschuld sich um ein gutes Prozent billiger stellen.

Finanzminister v. Scholz zweifelt daran, daß sich die Verzinsung der Staatschuld billiger stellen wird durch das Schuldbuch. Es bleibt immer ein Experiment, das nicht auf Kosten des Fiskus ausgeführt werden darf. Eine Herabsetzung der Kosten sei bei der Höhe des Staatshaushalts und bei der dauernden Mehrlastung desselben durch Belohnungen nicht empfehlenswert.

Abg. Wagner behauptet wiederholt, daß durch die Höhe der Gebühren die Einführung des Schuldbuches erschwert werde und bestreitet, daß durch dieses dem hypothekarischen Kredit Konkurrenz gemacht werde.

S 1 wird darauf mit großer Majorität angenommen.

Das Haus vertagt sich sodann.

Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr. Tagesordnung: Staatschuldbuch. Schluß 12 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 31. Mai. [Gewerbeordnung. Militärpensionsgesetz.] Die dritte Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung hat die schlimmsten Befürchtungen wahr gemacht, mit denen man dieser Verhandlung liberalerseits entgegengesehen hatte; der verhältnismäßig für die Liberalen nicht ungünstige Verlauf der zweiten Verhandlung, namentlich das Flack der „eigenen Gedanken“ der Konservativen für diese Revision, so des Antrags auf obligatorische Arbeitsbücher, ferner das sichere Scheitern anderer Anläufe derselben, so zur Verschärfung der Börsensteuer, zur Abänderung der Eidesleistung etc. hatte innerhalb der konservativen Reihen und bei dem grundsätzlich konservativ gesinteten Theil des Zentrums einen wahren Fanatismus für die gewerbepolitische Reaktion hervorgerufen; es war die Parole ausgegeben, daß es sich um die Vertheidigung des Konservatismus vor dem Lande gegen die Anlage der gesetzgeberischen Unfähigkeit handle, und das hatte gewirkt: die Bänke der Konservativen und Klerikalen sind so besetzt, daß, da sie diesmal auch auf ihre kleinen Hilfskorps zählen können, die Ohnmacht der Liberalen von Anfang an fest stand. Dieselben machen aus der Niedergeschlagenheit über den Verlauf der dritten Lesung denn auch kein Hehl: liberal begegnet man der Ansicht, daß diese Novelle zur Gewerbeordnung der erste wirklich tief gehende Eingriff in die befreidende Gesetzgebung des norddeutschen Bundes ist. Betreffs des Beschlusses, im Interesse der „Sittlichkeit“ den Kolportage-Buchhandel unter die Willkür der Verwaltungsbüroden zu stellen, lautet die private Kritik ungleich schärfer noch, als die in der Debatte, namentlich was die Berechtigung der auf der konservativen Seite hauptsächlich vertretenen Gesellschaftsklassen angeht, sich zu Wächtern der Sittlichkeit der Massen aufzuwenden. Man erzählt in dieser Beziehung eine in der That sehr charakteristische Anekdote. Vor ganz kurzer Zeit ist in Paris ein Buch erschienen, welches die Geschichte einer vornehmen Dame behandelt, die noch vor wenigen Jahren in der hiesigen hohen Gesellschaft eine Rolle spielte und dann in Paris im Cocottenthum zu Grunde ging; wir wollen den Titel des Buches, neben dem die Romane Bola's sich wie Lektüre für ein Mädchen-Pensionat ausnehmen, hier nicht nennen, um nicht Reklame dafür zu machen. Nun, alle aus Paris hier angelangten Exemplare wurden den erstaunten, erst durch die überraschende Nachfrage auf das Machwerk aufmerksam gewordenen Buchhändlern binnen 24 Stunden von der

Blüthe der vornehmen Gesellschaft aus dem Laden geholt; man dürfte es auch bei manchem finden, der gestern für die polizeiliche Behütung des Volkes vor unsittlicher Lektüre gestimmt hat. Noch verhindern die hergebrachten parlamentarischen Rückstichen, daß man liberalerseits durch die Anführung solcher öffentlichen Geheimnisse ad nominem argumentirt; aber die pharisäische Salbung des Herrn Stöcker macht diese Zurückhaltung schwer. Einige mit Hilfe der Polen heute durchgeführte Verbesserungen betrifft der Bedingungen für die Untersuchung des Gewerbebetriebes im Umherziehen können das Gesamturtheil über das bellagenswerthe Gesetzgebungswert nicht wesentlich beeinflussen. — Das Scheitern des Militärpensions-Gesetzes an der Frage der Kommunalbesteuerung ist nach der gestern bis spät Abends stattgehabten Verhandlung der Kommission wahrscheinlich, aber sieger ist es noch nicht. Wie es scheint, wird gerade von denselben Kommissionssmitgliedern, welche Beziehungen zu den entscheidenden Stellen haben, für die Plenarberatung eine Verständigung auf der Grundlage des Antrages Bennigsen noch für möglich gehalten, so daß dann an die Stelle der Fortschrittepartei, welche nur für das Stadium der Kommissionsberatung dem Antrag zugestimmt hat, die Konservativen in die Majorität eintreten würden. Worauf diese Hoffnung sich gründet, ist vorderhand nicht ersichtlich.

— Ein im Reichstage umlaufendes Gericht, wonach am Schlus der nächsten Woche die Vertragung der Session zu erwarten stände, ist bis zur besseren Begründung mit Zweifel aufzunehmen. An sonst unterrichteter Stelle wenigstens weiß man, wie die „Voss. Ztg.“ sagt, von einer derartigen Absicht des Fürsten Bismarck nichts. Was weitere offiziöse Angaben über den wahrscheinlichen Schlus der L a n d t a g s s e s s i o n am 9. Juni anlangt, so kann es leicht geschehen, daß das Zentrum diese Diepositionen durchkreuzt, indem es auf die Berathung des Windthorn'schen Antrages, betreffend die Aufhebung des Sperrgesetzes dringt, um möglichst schnell Klarheit in die kirchenpolitische Situation zu bringen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ publiziert heute nachträglich die Erkenntniss des Reichsgerichts in dem Bismarck-Beleidigungsprozeß wider Professor Mommen. Das Reichsgericht hat befürchtet die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Erkenntnis des Berliner Landgerichts zurückgewiesen. Welchen Zweck das freiwillig gouvernemente Blatt mit seiner eigigen nachträglichen Publikation verfolgt, ist nicht recht ersichtlich. Die nächsten Tage werden voraussichtlich die Auflklärung bringen.

Potsdam, 31. Mai. Die heutige Parade der Potsdamer Garnison vor Ihren Majestäten war vom herrlichsten Wetter begünstigt und verlief in der glänzendsten Weise. In der Parade standen: Das 1. Garde-Regiment z. F., in welches Prinz Friedrich Leopold und der Erbgroßherzog von Baden eingetreten waren, das Garde-Jäger-Bataillon, das Lehr-Infanterie-Bataillon und die Unteroffizierschule, das Regiment Garde du Corps, das 1. und 2. Garde-Ulanen- und Garde-Husaren-Regiment. In letzterem hielt Prinz Wilhelm unter den Stabsoffizieren am rechten Flügel. Beim Vorbeimarsche rührte der Kronprinz das 1. Garde-Regiment. Der Kaiser, in vollster körperlicher Frische, war mit der Kaiserin Vormittags 10½ Uhr von Berlin mittels Extrazuges eingetroffen. Die Kaiserin wohnte mit der Kronprinzessin und deren Töchtern, der Prinzessin Wilhelm und den Prinzessinnen Friederike Karl und Friedrich von Hohenzollern von den Fenstern der etrusischen Kammern im Stadtschloß aus der Parade bei.

Kiel, 31. Mai. Der Chef der Admiralität, General-Lieutenant v. Caprivi, besichtigte heute Morgen die Korvette „Arcona“ und trat um 11 Uhr die Rückreise nach Berlin an.

Locales und Provinzielles.

Posen, 1. Juni.

○ Nachtwächter. Unsere Stadt ist bekanntlich für den Nachtwachtdienst in 32 Reviere getheilt, von denen jedes einem Nachtwächter zur Bewachung während der festgelegten Nachtfunden zugetheilt ist. Die Kontrolle darüber, daß die Nachtwächter ihren Dienst auch der gegebenen Instruktion entsprechend versehen, wurde bisher durch einen während des ganzen Tages beschäftigten Aufseher ausgeübt, sie hat sich aber, wie der Magistrat der Stadtverordneten Versammlung bei Vorlage des letzten Entwurfs zum Haushaltsetat wiederholt mittheilt, als unzureichend erwiesen. Nachdem die Stadtverordneten-Versammlung die Mittel zur Annahme eines besonderen Nachtwachtmasters bewilligt und der Magistrat sich über die Annahme eines solchen schlüssig gemacht hat, ist die Besetzung dieses Postens nunmehr erfolgt. Da es sich bei dieser Stellenbesetzung um vermehrten Schutz des Eigentums und der Sicherheit der Bürgerschaft während der Nachtzeit, also um eine Verbesserung bestehender Einrichtungen handelt und der Nachtwachtmaster mit dem Publikum bei Ausübung seines Dienstes in persönlichen Verkehr tritt, so dürfte die Mittheilung einzelner Bekanntmungen aus der ihm ertheilten Dienstinstellung, soweit sie sich auf allgemeine Dienstverrichtungen beziehen, nicht ohne Interesse sein. Der Nachtwachtmaster ist Gemeinde-Beamter und der Disziplin des Magistrats unterstellt, im Dienst genießt er die Qualifikation eines Polizeibeamten und hat während desselben die ihm zum Gebrauch übergebene Uniform zu tragen. Es ist ihm streng untersagt, während des Dienstes öffentliche Postale oder Privatwohnungen zu betreten; es darf dies nur auf dringende Veranlassung zu einem dienstlichen Einschreiten in Gasthäuser und Schankstätten oder Privathäuser geschehen. Schankstätten-Sababer, welche über die polizeilich bestimmte Stunde hinaus Gäste halten, sind von ihm anzuzeigen. Der Nachtwachtmaster ist verpflichtet, während der ganzen Dauer des Nachtwachtdienstes die Kontrolle, nach einem an jedem Abende von der Feuerwache abzuholenden Disposition, welche ihm die Dienstvorrichtungen für die nächste Nacht vorschreibt, auszuüben. Für die Kontrolle selbst sind Spezial-Borichter erlassen, die hier nicht interessiren, aus denselben ergiebt sich aber, daß bei sachgemäßer Aufstellung der Disposition, jede

nicht rechtzeitig erfolgte oder ganz unterlassene Kontrolle eines Wächters für Revision der Kontrollbücher ohne Weiteres ergiebt. Während des Vormittags ist der Nachtwachtmaster dienstfrei, Nachmittags wird er die Aufsicht über Promenadenwächter ausüben und zu anderweitigen Außerdiensten herangezogen werden. Voraussichtlich wird nunmehr die allzeitig als notwendig anerkannte straffere Handhabung des Nachtwachtdienstes eintreten.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Karlsruhe, 31. Mai. [Serienziehung bairischer 35. F. - Loos] 80 221, 255, 308, 309, 356, 371 411, 682, 982, 1355, 1366, 1976, 2044, 2159, 2737, 2759, 2931, 3392, 3555, 3644, 3652, 3878, 3999, 4073, 4346, 4891, 5190, 5191, 5199, 5370, 5689, 5994, 6034, 6293, 6413, 6580, 6903, 7569.

** Wien, 31. Mai. Die heutige Generalversammlung der österr.-ungar. Staatsabnugsgesellschaft, in der 51 Aktionäre mit 1533 St. unter Wodianer's Vorit vertreten waren, nahm nach der Genehmigung des Rechenschaftsberichtes einstimmig die Anträge des Verwaltungsrates an, die Superdividende pro 1882 auf 7 Frs. zu bemessen (womit sich der Gesamtvertrag pro Aktie auf 32 Frs. stellt), den Aufkupon, inl. 5 Frs. Abschlagszahlung auf laufende Interessen mit 12 Frs. einzulösen und den Rest des Nettovertrags von 82,161 Fr. vorzutragen. ** Wien, 31. Mai. [Wochenausweis der österr. Südbahn] vom 21. bis zum 27. Mai 774,283 Fr. Mehreinnahme 3603 Fr.

[Ausweis der österreichisch-französischen Staatsbahn] vom 21. bis zum 27. Mai 669,866 Fr. Mehreinnahme 21,094 Fr.

Die Krönungsfeier in Moskau.

Moskau, 31. Mai. (Telegr.)

Die gestrige Galavorstellung im Theater nahm einen äußerst glänzenden Verlauf. Der Eindruck, den der aufs Prachtvolle erleuchtete Saal und die darin versammelte glänzende Gesellschaft machte, war ein wahrhaft großartiger. Im Parterre hatten die Minister, die Generalität und die hohen Würdenträger Platz genommen. Als der Kaiser und die Kaiserin um 7½ Uhr in der kaiserlichen Loge erschienen, erhob sich die Versammlung und begrüßte die Majestäten mit enthusiastischen und forgeschrittenen Hochrufen. Der Kaiser und die Kaiserin, welche das Band des St. Andreasordens angelegt hatten, nahmen im Vordergrunde der Loge Platz, denselben zur Seite ließen sich die Königin von Griechenland, die Erzherzogin Karl Ludwig von Österreich und die Großfürstinnen Wladimir und Konstantin nieder. In der über der kaiserlichen gel-gegenen Loge hatte der Herzog von Aosta und die übrigen Großfürsten Platz genommen. Der Großfürst-Thronfolger befand sich in der einen Seitenloge der kaiserlichen, mit ihm war der Herzog von Goisburg in russischer Admiralsuniform, in der anderen Seitenloge saßen die Herzogin von Edinburgh, die Großfürstin Michael und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin. Die anderen hier unverwesenden Fürstlichkeiten hatten in den Proszentumslogen Platz genommen. Die Mitglieder der Gesandtschaften befanden sich in den Logen des ersten Rangs. Der Botschafter von Schweden trug den Großorden des Alexander-Newsky-Ordens. Als der Kaiser und die Kaiserin sich während der Vorstellung auf einige Zeit zurückgezogen hatten und dann wieder erschienen, wurden dieselben abermals mit fröhlichen Zurufen begrüßt; die Versammlung stimmte die Nationalhymne an, welche die Majestäten, an der Bildung der Loge schließend, mit anhörten. Der Kaiser und die Kaiserin verliehen den Saal gleichfalls unter den enthusiastischen Hochrufen der Versammlung.

Der Ball in der deutschen Botschaft, der in Folge des Ablebens der Mutter des Prinzen Albrecht von Preußen zweifelhaft geworden war, findet nach nunmehr erfolgter Disposition, wie in Aussicht genommen, statt. Prinz Albrecht hat Moskau gestern Abend 11 Uhr verlassen. — Heute findet die Übertragung der kaiserlichen Regalien aus dem Thronsaal in die Rüstammer statt, dann in Granowitz Palata ein Festbankett für die Geistlichkeit und die Mitglieder beiderlei Geschlechts der ersten zwei Rangklassen. Am Abend veranstaltet der Moskauer Adel einen Ball. Dem Feste werden der Kaiser und die Kaiserin, sowie der gesamte Hof beiwohnen. — Zu dem am Sonnabend auf dem Chodinskischen Felde stattfindenden Volksfeste werden die großartigen Vorbereitungen getroffen. Die Stadt ist von Fremden noch übersättigt, überall herrscht aber die größte Ordnung und Ruhe.

Telegraphische Nachrichten.

Schwerin, 31. Mai. Ihre L. Hoheit die verwitwete Großherzogin Alexandrine ist um 5 Uhr Nachmittags mit Gefolge nach Baden-Baden abgereist, wo sich jetzt die großherzogliche Familie vereinigt.

Neuwied, 31. Mai. Die Königin von Schweden ist heute Nachmittag zum Besuch der fürstlichen Familie hier eingetroffen, dieselbe wurde auf dem Bahnhofe von dem Prinzen von Nassau, der Königin von Numänen, der Fürstin und der Fürstin-Mutter von Wied empfangen.

Frankfurt a. M., 31. Mai, Nachmittags 5 Uhr. Die deutsche Rähmaschinen-Fabrik, vormals Josef Wertheim in Bornheim, welche etwa 570 Arbeiter beschäftigt, steht seit Mittag in Flammen. Mangel an Wasser vereitelt alle Rettungsversuche. Ein Verlust von Menschenleben ist nicht zu beklagen. Die Fabrik ist bei den Feuerversicherungs-Gesellschaften „Phönix“, „Helvetia“ und bei der „Stettiner Feuerversicherungs-Gesellschaft“ versichert.

Luzern, 30. Mai. Der Stadtrath von Luzern wird dem Vernehmen nach gegen die Auszahlung einer Dividende an die Aktionäre der Gotthardbahn, solange die Linie Luzern-Immensee nicht fertiggestellt ist, klagen werden.

Luzern, 31. Mai. Die Direktion der Gotthardbahn erklärt, daß ihr von einem Einspruch der Luzerner Stadtgemeinde gegen die Dividendenzahlung der Gotthardbahn bis jetzt nichts bekannt sei.

Paris, 30. Mai. Nachrichten aus Goren vom 19. Mai, welche bei Schiffshändlern in Bordeaux eingegangen sind, erwäh-

nen nichts von den alarmirenden Gerüchten über die Lage des Obersten Desbordes; nach einer Privatdepesche ist der Oberst Anfang dieses Monats in Kila angelommen. — Nach der „France“ sollen Transportdampfer nach Algier gehen, um da-selbst Truppen für Tonkin einzuschiffen. — Die Kommission der Deputirtenkammer für die Vorberathung der Regierungsvorlage betreffend das Konkordat hält heute eine Sitzung. Entgegen der Ansicht der Regierung hält die Kommission alle Artikel des Verteilten Entwurfs aufrecht, namentlich die vollständige Aufhebung der Seminarstipendien, die Aufhebung der freien Wohnungen der Bischöfe und den Rückfall der gegenwärtig im Besitz der Kongregationen befindlichen Eigenschaften an den Staat. Ausgenommen sind die von den Ministern des Aeußern und der Marine empfohlenen Kongregationen. Die Kommission spricht sich gleichfalls für das Recht der Regierung aus, die Bezüge der Geistlichen zu suspendiren, und zwar bis zur Dauer eines Jahres. — Einem Telegramm des „Temps“ aus Madrid zufolge entsendet der Marquis Rissal, Direktor des Journals „Dia“, eine Expedition nach Marokko, welche bestimmt ist, dem kolonisatorischen Einflusse Spaniens daselbst die Wege zu bahnen.

Madrid, 30. Mai. Bei der heutigen Größnung der mineralogischen Ausstellung, welcher der König und die Königin von Spanien mit dem König und der Königin von Portugal beiwohnten, hielt König Alphons eine Rede, in welcher er sagte, Spanien und Portugal würden stets zusammengehen; der einzige mögliche Kampf unter ihnen sei der friedliche Wettkampf der Industrien. Beide Nationen seien Schwestern. Die Rede wurde mit den Wörtern: „Es lebe Spanien, es lebe Portugal!“ aufgenommen.

Madrid, 31. Mai. Die Verhandlungen zwischen Spanien und Portugal über einen Handelsvertrag haben auf dem Wege gegenseitiger Bugestände zur Feststellung der Grundlagen geführt. Ein Protokoll, welches die Hauptpunkte des abzuschließenden Vertrages regelt, ist festgestellt. Der König von Portugal ist diese Nacht nach Lissabon abgereist.

London, 31. Mai. Von Paris wird hierher gemeldet, in Kairo werde ein anonymes Birkular verbreitet, worin von einer sogenannten patriotischen Liga die Rede ist, welche die Fremden vertrieben und anlässlich des Jahrestages des Bombardements von Alexandrien eine Manifestation veranstalten wolle. Unter den Eingeborenen herrsche große Aufregung. — Selbstverständlich wird diese Nachricht hier als eine lediglich auf die Beeinflussung der Börse berechnete Sensationsnachricht betrachtet, wie wir im Laufe der letzten acht Tage deren ähnliche zu verzeichnen hatten, als: Explosion im Kabinett der Kaiserin in Petersburg, Giftmordsversuch auf den Kaiser Alexander, Erkrankung des Kaisers Wilhelm, bedenkliche Verschlimmerung des Gesundheitszustandes des Fürsten Bismarck und Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und China.

Rom, 30. Mai. Die wegen der Ruhestörung auf der Piazza Sciarra Angestellten sind bis auf Ferrari, Tondi und Bassetti freigesprochen worden. Ersterer wurde wegen Aufreizung zum Aufruhr, die beiden Letzteren wegen Preßvergehen zu je einjährigem Gefängnis und 500 lire Geldstrafe verurtheilt.

Moskau, 31. Mai. Die zur Theilnahme an der Krönungsfeier eingetroffene Deputation der ostromelischen Provinzialversammlung wurde gestern vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen.

Bukarest, 30. Mai. Auf Ersuchen der Kammermajorität behält Rosetti das Präsidium. — Der Ministerpräsident Tricupis beantragte bei der Kammer, während der Ausarbeitung der Verfassungsrevision einige andere dringende Vorlagen zu erledigen. **Bukarest**, 31. Mai. Unter den der Deputirtenkammer gemachten Vorlagen befindet sich auch ein Gesetzentwurf betreffend die Herstellung einer nationalen Handelsmarine.

Berlin, 31. Mai. S. M. S. „Niobe“, 10 Geschütze, Kommandant Kapitän zur See Köster, ist am 26. Mai c. in Arendal eingetroffen. — S. M. Kanonenboot „Ercypt“, 4 Geschütze, Kommandant Kapitän-Lt. Kelch, hat am 31. Mai c. von Alexandrien die Heimreise angetreten.

Hamburg, 31. Mai. Der Dampfer „Suevia“ von der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrts-Alttengesellschaft ist gestern in New York eingetroffen.

Bremen, 31. Mai. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Fulda“ ist heute Nachmittag 5 Uhr in Southampton eingetroffen.

Triest, 31. Mai. Der Lloyd-dampfer „Ettore“ ist heute Vormittag aus Konstantinopol hier eingetroffen.

Berantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
31. Nachm. 2	757,1	O schwach	halbheiter	+24,3
31. Abends. 10	756,7	N schwach	better	+18,3
1. Juni 8h. 6	757,0	O mäßig	trübe	+14,1
Am 31. Wärme-Maximum: +27,8 Celi.				
Wärme-Minimum: +10,7				

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 31. Mai Morgens 0,84 Meter

31. Mittags 0,84

1. Juni Morgens 0,92

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 31. Mai. (Schluß-Course.) Fest auf Berlin.

Lond. Wechsel do. 81,15. Wiener do. 170,70 R. M. — Rheinische do. — Hess Lubowitzh. 100,4 R. M. — Pr. Ostb. 127,1 Reichsbank 102,4 Reichsbank 149,1 Darmst. 149,1 Remissa. St. 94,1 Dst. ang. St. 714,00 Kreditartien 252,8 Silberrente 67,5 Papierrente 66,5 Goldrente 84,8 Ung. Goldrente 75,1 1860er Zagle 121,2 1864er Zagle 320,40 Ung. Staats. 221,50 do. Ostb. Orl. II. 96,5 Böh. Westbahn 258,1 Elisabethb. — Nordwestbahn 170 Galizier 253,1 Transothen 278,1 Bombarden 131,2 Italiener 92,

1877er Russen 90,1 1880er Russen 72,1 II. Orientali. 57,1 Bentz. Sacie 111,2 Distonto-Kommandit — III. Orientali. 57,8 Wiener Bankverein 90,1 5% österreichische Papierrente 79,8 Buschtelehrader — Egypter 74,1 Gotthardbahn 121. Türken 12. Westslawische Eisenbahn 87,1

Kau-Saus der Börse: Kreidtaktien 252,1 Transothen 279,1 Gasier 252,8 Bombarden 131,2 II. Orientali. — III. Orientali. — Egypter — Gotthardbahn 120,4

Frankfurt a. M., 31. Mai. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 252,1 Transothen 280,1 Bombarden 131,2 Galizier 253,1 österreich. Papierrente — Egypter 74,1 III. Orientali. — 1880er Russen — Gotthardbahn 121. Deutsche Bank — Nordwestbahn — Elbthal — 4proz. ung. Goldrente — II. Orientali-leiche — Böhmische Nordbahn — Fest.

Wien, 31. Mai. (Schluß-Course.) Fest, still.

Papierrente 78,20 Silberrente 78,80 Österreich. Goldrente 28,95 4proz. ungarische Goldrente 10,35 4proz. ung. Goldrente 88,30 5proz. ung. Papierrente 86,70 1854er Zagle 119,75 1860er Zagle 134,75 1864er Zagle 17,00 Kreditloose 170,00 Ungar. Prämien 114,25 Kreditaktien 294,70 Transothen 326,70 Bombarden 147,50 Galizier 235,50 Kaiser-Ostb. 145,00 Bardubitzer 148,50 Nordwestbahn 199,00 Elisabethbahn 221,00 Nordbahn 270,60 Österreich. ungar. Ban. — Türk. Zagle — Unionbank 117,10. Italo-Lit. 112,20 Wiener Bankverein 106,00 Ungar. Kredit 292,50 Deutsche Plätze 58,55 Londoner Wechsel 120,05 Pariser do. 47,50 Amsterdamer do. 99,21 Napoleons 9,51,1 Dolaten 5,66 Süder 100,00 Marknoten 58,55 Russische Banknoten 1,18,1 Lemberg-Szernowiz — Konpr. Kubel 167,00 Franz.-Josel — Par. Bodenbach — Böh. Westbahn — Elbthal 215,00 Tramway 210,00 Buschtelehrader — Dsterr. öproz. Papier 93,25

Wien, 31. Mai. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditaktien — Österreich. Kreditaktien 294,40 Ungar. 4proz. Goldrente 88,32,1 Transothen —, Lombarden —, Galizier —, Nordwestbahn —, Elbthal —, Dsterr. Papierrente —, 5proz. ungar. Papierrente —, Marknoten —, Napoleon —, Bankverein —. Schluss gedrückt.

Paris, 31. Mai. (Schluß-Course.) Bewegt.

3proz. amortis. Rente 81,30 3proz. Rente 80,15 Anleihe de 1872 109,15 Ital. öproz. Rente —, Dsterr. Goldrente 84,1 6proz. ungar. Goldrente 103, 4proz. ungar. Goldrente 76,5 5proz. Russen do 1877 94,1 Transothen 697,50 Lombard. Eisenbahn-Aktien 323,75 Lombard. Prioritäten 299,00 Türk. Zagle 11,67,1 Türk. Zagle 55,60 III. Orientali-leiche —. Credit mobilier 377,00 Spanier neue 64,8 do. inter. — Suezkanal-Aktien 249,7 Banque ottomane 775,00 Union gen. — Credit foncier 1336,00 Egypter 370,00 Banque de Paris 1072,00 Banque d'escopme 528, Banque hypothecaire —, Lond. Wechsel 25,29 5proz. Rumänische Anleihe —. Bonier Egyptien 605,00.

Paris, 30. Mai. (Boulevard-Verkehr.) 3proz. Rente 79,87,1 Anleihe von 1872 109,12, Italiener 93,00 Dsterr. Goldrente —, Türk. Zagle 11,70, Türk. Zagle 55,50 Spanier 64,7, do. neue Spanier — Ungar. Goldrente —, öproz. 370,00 3proz. Rente —, Banque ottomane 774,00 Suezkanal-Aktien —, Lombarden 322,50, Transothen —, Träger.

Petersburg, 31. Mai. Wechsel auf London 23,11. II. Orientali-Anleihe 92,1 III. Orientali-leiche 92,1 Hamburg —.

London, 31. Mai. Consols 102, Statuen. öprozentige Rente 92, Lombarden 12,8, 3proz. Lombarden alte 11,3, 3proz. do. neue —, 3proz. Russen de 1871 86,5 3proz. Russen de 1872 86,5 3proz. Russen de 1873 87,5 5proz. Russen de 1885 11,5 3proz. rumänische Amerik 105,1 Dsterr. Silberrente —, do. Papierrente — 4proz. Ungarische Goldrente 75, Dsterr. Goldrente 83,1 Spanier 64,1 Egypter 73, Ottomanbank 20,1 Preuß. 4proz. Consols 101,1 Fest. Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,69 Wien 12,15 Paris 25,47 Petersburg 23.

Silber —. Plazibont 3,2 vgt.

In die Bank flossen heute 104,00 Pfd. Sterl.

Produkten-Kurse.

Köln, 31. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 21,00, fremder loco 21,50, ver Mai 21,00, ver Juli 20,20, ver November 20,40. Roggen loco 15,00, ver Mai 15,10, ver Juli 15,20, ver Novbr. 15,75. Hafer loco 14,75. Rübbel loco 36,30, pr. Mai 36,50, ver Otto e. 31,20.

Bremen, 31. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Sehr fest. Standard white loco 7,45 bez., ver Juni 7,45 bez., ver Juli 7,60 Br. ver August 7,70 Br. ver August-Dezember 8,00 Br.

Hamburg, 31. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Terrene fest, ver Mai 192,00 Br. 191,00 Gd., ver Juni —, Juli-August 190,00 Br. 189,00 Gd., Roggen loco und auf Terrene fest, ver Mai 149,00 Br. 148,00 Gd., per Juli-August 150,00 Br. 149,00 Gd. Hafer behauptet. Gerste still. Rübbel still, öco 72, Oktober 62,00. Spiritus fest, per Mai 44,1 Br. ver Juni-Juli 44,1 Br. Juli-August 45,1 Br. ver August-September 46,1 Br. Kaffee flau, geringer Umfang. Petroleum fest, Standard white loco 7,50 Br. 7,40 Gd. ver Mai 7,45 Gd. ver August-Dezember 7,95 Gd. — Wetter: Schön.

Bien, 31. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr —, Br. —, Br. ver Herbst 10,87 Gd. 10,92 Br. Roggen per Frühjahr 8,15 Gd. 8,20 Br. ver Herbst 8,45 Gd. 8,50 Br. Hafer pr. Frühjahr — Gd. — Br. Mais (internationaler) pr. Mai-Juni 7,22 Br. 7,27 Br.

Wetz, 31. Mai. Produktentmarkt. Weizen loco steigend, ver Herbst 10,72 Gd. 10,75 Br. — Hafer pr. Herbst 6,75 Gd. 6,78 Br. Mais pr. Mai-Juni 6,75 Gd. 6,78 Br. Kohlraps pr. August-September 14,1.

Paris, 31. Mai. Produktentmarkt. (Schlußbericht.) Weizen rubig, ver Mai 26,10, ver Juni 26,30, ver Juli-August 26,90, ver September-Dezember 27,50. — Roggen matt, ver Mai 17,00, ver Septbr.-Dezember 19,00. — Weizen & Marques rubig, ver Mai 57,30, ver Jun 57,50, ver Juli-August 58,50, ver September-Dezember 59,60. — Rübbel beh., ver Mai 103,00, Juni 99,50, ver Juli-August 84,25, ver Septbr.-Dezember 76,75. — Spiritus beh., ver Mai 50,00, ver Jun 50,50, ver Juli-August 51,25, ver September-Dezember 51,50. Wetter: Schön.

Bien, 31. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr —, Br. —, Br. ver Herbst 10,87 Gd. 10,92 Br. Roggen per Frühjahr 8,15 Gd. 8,20 Br. ver Herbst 8,45 Gd. 8,50 Br. Hafer pr. Frühjahr — Gd. — Br. Mais (internationaler) pr. Mai-Juni 7,22 Br. 7,27 Br.

Wetz, 31. Mai. Produktentmarkt. Weizen loco steigend, ver Herbst 10,72 Gd. 10,75 Br. — Hafer pr. Herbst 6,75 Gd. 6,78 Br. Mais pr. Mai-Juni 6,75 Gd. 6,78 Br. Kohlraps pr. August-September 14,1.

Paris, 31. Mai. Produktentmarkt. (Schlußbericht.) Weizen rubig, ver Mai 26,10, ver Juni 26,30, ver Juli-August 26,90, ver September-Dezember 27,50. — Roggen matt, ver Mai 17,00, ver Septbr.-Dezember 19,00. — Weizen & Marques rubig, ver Mai 57,30, ver Jun 57,50, ver Juli-August 58,50, ver September-Dezember 59,60. — Rübbel beh., ver Mai 103,00, Juni 99,50, ver Juli-August 84,25, ver Septbr.-Dezember 76,75. — Spiritus beh., ver Mai 50,00, ver Jun 50,50, ver Juli-August 51,25, ver September-Dezember 51,50. Wetter: Schön.

Bien, 31. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr —, Br. —, Br. ver Herbst 10,87 Gd. 10,92 Br. Roggen per Frühjahr 8,15 Gd. 8,20 Br. ver Herbst 8,45 Gd. 8,50 Br. Hafer pr. Frühjahr — Gd. — Br. Mais (internationaler) pr. Mai-Juni 7,22 Br. 7,27 Br.

Wetz, 31. Mai. Produktentmarkt. Weizen loco steigend, ver Herbst 10,72 Gd. 10,75 Br. — Hafer pr. Herbst 6,75 Gd. 6,78 Br. Mais pr. Mai-Juni 6,75 Gd. 6,78 Br. Kohlraps pr. August-September 14,1.

London, 31. Mai. An der Küste angeboten 4 Weizenladungen. Wetter: Warm.

Glasgow, 31. Mai. Roheisen. (Schluß.) Mixed rumbess warrants 46 lb. 6 d.

Breslau, 31. Mai. 9 Uhr Vormittags. (Privatbericht.) Landaufzug und Angebot aus zweiter Hand war ausreichend, die Stimmung im Allgemeinen ruhig.

Weizen seine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilo schlesischer weißer 14,50—17,60—20,50 R., gelber 14,20—17,40—18,70 R. feinste Sorte über Rotis bezahlt. — Roggen in rubigen Haltung, bezahlt wurde per 100 Kilo netto 14,30—14,70—15,10 R. feinste über Rotis bez. — Hafer, seine Qual behauptet, per 100 Kilogr. 10,50—11,80—12,30—13,60 R. feinste über Rotis bez. — Mais preishaltend, per 100 Kilogr. 12

